

A N F R A G E von Peter Reinhard (EVP, Kloten), Nancy Bolleter-Malcom (EVP, Seuzach) und Hans Fahrni (EVP, Winterthur)

betreffend Bekämpfung der Schwarzarbeit unter anderem durch Checks für Haushaltshilfen

„Wer in fremden Wohnungen putzt, ist oft nicht gegen Unfall versichert und hat auch keine Altersvorsorge.“ Diese Aussage wird im Tages-Anzeiger vom 21. Januar 2004 im Zusammenhang mit einem Artikel über die Bekämpfung der Schwarzarbeit im Kanton Genf publiziert. Der Kanton Genf bietet als erster Schweizer Kanton nun einen Check für Haushaltshilfen an. Gegen Vorauszahlung leistet der Arbeitgeber die Sozialabgaben an eine zentrale Stelle, welche die Administration übernimmt (Abgabe = 21 Prozent des Nettolohns, davon 14 Prozent für die Sozialversicherung und 6 Prozent für die Administration). Als Gegenleistung erhält der Arbeitgeber die „Checks de Service“. Der Lohn wird wie bisher bar ausbezahlt. Auch auf Bundesebene sind entsprechende Bemühungen Diskussionsgegenstand.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Erachtet die Regierung das in Genf eingeführte Verfahren als taugliches Mittel, um die Schwarzarbeit zu bekämpfen und den Arbeitnehmerschutz zu verbessern?
2. Ist die Regierung bereit, die Einführung eines solchen Systems für den Kanton Zürich zu prüfen und öffentlich anzubieten?

Peter Reinhard
Nancy Bolleter-Malcom
Hans Fahrni